

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Kersten Artus, Tim Golke, Heike Sudmann,
Christiane Schneider, Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/11525

Betr.: Hamburgs Landwirtschaft soll gentechnikfrei bleiben!

Am 26. September 2013 entschied das Gericht der Europäischen Union, dass die Europäische Kommission einen Antrag auf Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der Europäischen Union nicht innerhalb der erforderlichen Fristen bearbeitet und dem Rat der Europäischen Union zur Entscheidung vorgelegt habe. Daraufhin hat die Europäische Kommission am 6. November 2013 dem Rat der Europäischen Union einen Vorschlag für die Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der Europäischen Union vorgelegt. Bei der Abstimmung im Ministerrat am 11. Februar 2014 sprach sich eine Mehrheit der EU-Länder gegen die Zulassung aus, dennoch reichte es nicht zu der nach den EU-Verträgen erforderlichen qualifizierten Mehrheit von 260 Stimmen. Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung. Nachdem am 11. Februar 2014 keine ausreichende Mehrheit für ein Verbot der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 zustande gekommen ist, wird – aller Wahrscheinlichkeit nach – die Europäische Kommission die erste Anbauerlaubnis für einen GV-Mais seit 15 Jahren ausstellen.

Laut „tageszeitung“ vom 19. Februar 2014 ist das Bundesamt für Naturschutz besonders beunruhigt, weil die Pollen des 1507-Mais etwa 350-mal mehr Insektengift enthalten als der einzige derzeit in der EU für den Anbau erlaubte GV-Mais MON 810 der US-Firma Monsanto.

Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben kürzlich Bundesratsinitiativen eingebracht, um einen 1507-Anbau zu unterbinden. Am 11. April 2014 hat sich der Bundesrat für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ausgesprochen. Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, sich für ein generelles Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU einzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, müsse die endgültige Entscheidung bei den EU-Mitgliedstaaten liegen.

Mit der Drs. 20/1808 „Agrarpolitisches Konzept fortschreiben“ hat die Bürgerschaft den Senat ebenfalls ersucht, dass die Hamburger Metropolregion gentechnikfrei bleiben soll. Die Hamburgische Bürgerschaft hat sich mit der Drs. 19/5091 einstimmig für ein auch zukünftig gentechnikfreies Hamburg ausgesprochen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

- I. Die Bürgerschaft bekräftigt ihren Beschluss vom 10. Februar 2010 (Drs. 19/5091) und spricht sich für ein auch zukünftig gentechnikfreies Hamburg aus.
- II. Der Senat wird aufgefordert,
 1. auf Bundesebene und EU-Ebene alle Mittel auszuschöpfen, damit ein nationales Anbauverbot für die gentechnisch veränderte Maissorte 1507 der Ag-

rochemiekonzerne Pioneer Hi-Bred International und Dow AgroSciences erreicht wird.

2. im Sinne des bürgerschaftlichen Ersuchens vom 10. Februar 2010 (Drs. 19/5091) dafür Sorge zu tragen, dass die Landwirtschaft in Hamburg gentechnikfrei bleibt.
3. der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. August 2014 zu berichten.